

3. b) ohne Anstellung wöchentlich 175 RM.
mit monatlich 700 RM., mit Anstellung im
Land wöchentlich 200 RM., mit monatlich 800 RM.,
mit der Beschäftigung monatlich in Polen 800 RM.
Ausland 1600 RM.

4. a) Aggregationsmonoparallelstelle 60 Mark,
zusammen die Aggregationsmonoparallelstelle
800 RM. Abgangsbetrag im totalen Teile 200 RM.
b) die Monoparallele; für das Ausland kommt
die Abgangsbetrag hinzu; für die erste Stelle
werden diese Ausgaben angenommen. - So
wurde es nach vorheriger Berechnung
gezeigt. Abgangsbetrag einbehalten
werden nicht, einbehalten

Freie Presse

Versteht mit Ausnahme der nach Son-
tagen folgenden Tage täglich früh
Treffstellung und Geschäftsstelle:
Reizlauner Straße 26. Tel. 68.

Bei Betriebsführung durch höhere Gewerks-
chaftsarbeitniederlegung oder Aussperrung hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der
Heftung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Eigene Vertretungen in:
Alexandrow, Bialystok, Chelm, Kalisz, Kras-
nosiantynow, Lwow, Sadowice, . . .
Sadowice, Lomachow, Turel, Wlodek-
Bouda-Mola, Glogow usw.

5. Задача

Projekte der Sejmwahlordnung.

„Der Geist kann es gar nicht ertragen.
daß er absolutistisch herrscht. Es ist
lächerlich, wie er für seine Souveränität ein-
steht und doch dabei die Fiktion aufrecht
erhält, daß nur er die Quelle einer jeglichen
Staatsgewalt im Reiche darstelle.
(Kurier Postztg. Januar 1823. Artikel
„Ex-lex“.)

Die demokratisch gestimmte Presse Polens aller Parteien — unter anderen Blättern auch die „Dzisie Freie Presse“ hat sich im Laufe der ersten vier Jahre des unabhängigen Polen nur zu oft gezwungen gesehen, auf die zahlreichen Fälle der religiösen und völkischen Unduldsamkeit der von Pfaffen und National-Glawinisten ausgehenden polnisch-katholischen Mehrheit hinzuweisen. Es steht fest, daß in fast allen polnischen Redaktionen, in Woiwoden und im Sejm schon seit Kaisererwits Zeiten eine überspannt fähliche, unerträglich agitierende und falsch politisierende Rote den überwiegenden Einfluß an sich gerissen hat. Durch Aufheben der gesamten politischen Gesellschaft gegen alles, was nur wagt, sich in Polen nicht „polnisch“ zu nennen, hat diese Rote für sich persönlich eine recht einträgliche, wenn auch für den polnischen Staat verderbliche, ethisch schmutzige und falschvölkische Profession gemacht. Der „patriotischen“ Sippe von Volksbetrüggern, der es heutzutage nur zu oft und zu leicht gelingt die Juden (lauter „verkappte Vorkriegsgänger Besba Traskia!“), die Deutschen („alles Spöde, Preußische Irrebesessenen, Galatinen und Berliner Agenten!“) und die Russen („durchweg Hojdomaten, Bolschewiken oder auch ehemalige böse Polenbedrücker“) anzuschwärzen, auszunündern (Domänen, Majorie, Zinsländereien, Parzellations-system, Zwangsverwaltungs-methode, Rollensystemverdrängung usw.), zu ruinieren (Verhaftungen, Bekleinerungsungleichheiten, Requisitionen, Dragonaden) und von jeglichem Einfluße auf den rechtlichen Ausbau dieses unteres gemeinsamen Vaterlandes an der Weichsel Strande zu verdrängen — diese Sippe hat es sich nunmehr offensichtlich zum Ziele gesetzt, — den himmelstreichenden Zustand der Entrechtung aller Minderheiten Polens zu . . . legalisieren. Besser gesagt: einen legalen Zustand hierzulande zu schaffen, bei welchem der Verdrängte, Ausgeplünderte und Gemordete, der sogenannte „Feind des Polentums“ nicht einmal die Möglichkeit haben soll, von der Sejmtribüne aus zu schreien, daß es ihn schmerzt. Dem laut Verfassung „vollberechtigten“ Bürger Neupolens soll infolge seiner „organischen Mängel“ — als Jude, Deutscher und Russe, bzw. Israelit, Protestant oder Orthodoxer — mit dem Jahre 1922 endgültig die Möglichkeit genommen werden, wenigstens einen letzten Anlauf und Hilferuf aus seiner gequälten Brust in die weite zivilisierte Welt hinauszuschicken.

Ich spreche von den Entwürfen der neuen Sejmwahlordnung, die bei uns bald für ewig eingelegt werden soll, und die jetzt endlich der Vollversammlung des Warschauer „Parlaments“ unterbreitet werden wird.

Der Regierungsentwurf der Wahlrechtsordnung für den Sejm und der Entwurf des Prof. Bugel sind, von einem gewissen Standpunkte aus betrachtet, grundsätzlich verschieden; andererseits aber gleichen sie einander vollkommen. Der Unterschied beruht darauf, daß die Regierung eine Wahlrechtsordnung vorschlug, die diejenigen für den gesetzgebenden Sejm vollkommen gleich war und die auf endgültiger Wahl bei einmaligem Struktinum einer gewissen, von vornherein bestimmten Anzahl Abgeordneter in jedem Wahlbezirk basirte, wogegen Prof. Bugel Staatslisten und dreimaliges Struktinum vorschlägt. Die Feinheitlichkeit beider Entwürfe liegt in den kleinen Wahlbezirken. Beide Projekte verfolgen den Zweck, die Deutschen nicht zum Sejm zuzulassen, sondern sie zu zwingen, für irgenb eine andere Diste zu stimmen. Da diese Angelegenheit für die Deutschen von größter Bedeutung ist, will ich mich bemühen, sie ein wenig zu erläutern.

Nach dem Projekt des Dr. Buzel würden die eigentlichen Wahlen in den Bezirken nur das erste Stimmblatt darstellen. Die Bezirke werden nur bis 6 Mandate haben. Die Abgabe der Stimmen wird auf die Listen der einzelnen Parteien erfolgen, ein Placieren der Listen ist unzulässig (!) Die Listen der einzelnen Parteien erhalten in allen Bezirken dieselbe Nummer, welche auch die Staatsliste, die jede Partei vorlegen kann, trägt. Die Zahl der von den einzelnen Listen durchgebrachten Mandate wird in der Weise bestimmt, daß die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen durch die

für den Kreis bestimmte Zahl der Mandate gestellt wird. Die im Resultat erhaltene Zahl bildet den Divisor für die einzelnen Listen. Auf diese Weise müßten in einem Kreise von 6 Mandaten mindestens ein Sechstel aller Stimmen auf die Liste fallen, die ein Mandat erhalten soll; für 2 Mandate wäre schon ein Drittel aller Stimmen erforderlich usw. Bei solchem Systeme zu erwarten, daß nur die Hälfte aller Mandate besetzt würde. Zur Erläuterung betrachten wir uns folgende Biffern. Mag es ein Wahlbezirk von 6 Mandaten sein, in dem insgesamt 120 Tausend Stimmen abgegeben würden. Nehmen wir den günstigsten Fall an, daß sich die Parteien konsolidiert haben und nur 5 Listen vorlegten, die nachfolgende Stimmen erhielten: 38 000, 32 000, 18 000, 17 000 und 15 000. Der Divisor beträgt $120\,000 : 6 = 20\,000$. Es erhalten also nur die erste und zweite Liste je ein Mandat, die übrigen 4 Mandate bleiben unbesetzt. Bei mehr Listen, oder ungünstigerer Verteilung der Stimmen, kann es vorkommen, daß kein einziges Mandat im Bezirk besetzt wird. Alle im Bezirk für das Mandat nicht ausgenutzten Stimmen gehen auf die Staatsliste. Folglich könnte eine Partei, die wenig Mandate erhalten, aber viel überflüssige Stimmen behalten, die sich auf der Staatsliste summieren, von dort einige Mandate erhalten, wenn nicht hier gleichfalls charakteristische Beschränkungen vorgehen wären. Erstens muß man, um die Staatsliste auszunutzen, mindestens in 3 Bezirken Mandate erhalten haben, zweitens kann eine Partei von der Staatsliste nicht mehr als die Hälfte der in allen Bezirken erhaltenen Mandate bekommen. Falls also eine Partei in den Bezirken 4 Mandate erhalten hat, so kann sie von der Staatsliste nur 2 Mandate besetzen, wenn auch die Stimmen für 40 Mandate reichen würden. Auf diese Weise bleiben nach dem zweiten Scheitern noch viele Mandate unbesetzt, die dann unter den einzelnen Parteien proportionell zu den in den ersten beiden Scheitern erhaltenen Mandaten verteilt werden.

Was ist die Folge einer solchen Wahlordnung? Diejenigen Parteien, die zahlreiche Anhänger in allen Bezirken haben (also die polnische Mehrheit) erhalten gleich beim ersten Scrutinium in den Bezirken eine Anzahl Mandate; sie verlieren auch die überzähligen Stimmen nicht, da sie beim zweiten Scrutinium von der Staatsliste die Hälfte der in den Bezirken durchgebrachten Mandate erhalten; außerdem bekommen sie fast alle in zweiten Scrutinium unbesezt gebliebenen Mandate, die infolge der für das zweite Scrutinium ungültigen Stimmen der in allen Bezirken zerstreuten Parteien frei blieben.

Wie die „Danz. N. Nachr.“ mittheilen, soll einer Drahtmelbung aus Gens zufolge der Räter hunderat zu dem Beschluß gekommen sein, die von Polen veranstalteten Sejm wahlen im Wilnaer Gebiet nicht anzuerkennen. Der Rat habe beschlossen, unter Voraussetzung des Einverständnisses der polnischen und litauischen Regierung, einen Vertreter zur Aufnahme neuer Verhandlungen nach Mittellitauen zu entsenden. Innerhalb zehn Tagen sollen beide Regierungen sich zu diesem Vorschlage äußern.

Ein Konflikt zwischen den Volksparteiführern und dem Finanzminister Michalski trat, wie die Bromberger „Deutsche Abschn.“ berichtet, in der letzten Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses des Sejm zutage. Man rechnet mit der Möglichkeit des Rücktritts des Finanzministers.

Deag. 15. Januar. (Pat.) In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte Dr. Benesch in Beantwortung der Anfrage eines deutschen Abgeordneten, daß zwischen der Tschechoslowakei und Polen keinerlei militärischer Vertrag bestehe, während die politische Abmachung mit Polen bekannt sei.

Die Warschauer Blätter melden, wird der polnisch-österreichische Handelsvertrag dem Senat

Obgleich eine derartige Ordnung auf alle zerstreuten Parteien einen fatalen Eindruck machen muß, werde ich doch nur den Einfluß, den sie auf die deutsche Vertretung im künftigen Sejm und auf den Standpunkt der Deutschen bei den Wahlen haben kann, betrachten.

Wir müssen vor allem sehen, wieviel Mandate zu erreichen sind. So soll Bodz zum Beispiel 8 Mandate erhalten. Da die Deutschen ein Beispiel der Bevölkerung ausmachen, würden sie bei vollständiger Solidarität 2 Mandate erhalten. Davon kann jedoch nicht die Rede sein bei Aufstellung von 3 Listen *) wie bei den letzten Wahlen, oder auch nur bei 2 Listen, können jeder Liste einige Stimmen fehlen und kein einziger Deutscher würde aus Bodz gewählt werden.

Nehmen wir jedoch an, daß in irgend einem Bezirk der Provinz die Deutschen noch 1—2 Mandate erhalten. In diesem Falle würde die Zahl der sicheren Mandate 1 (Eobd.) + 2 (Schlesien und Pommern) + 2 Mandate von der Staatsliste, also zusammen 5 Mandate betragen. Im Falle jedoch, daß keine Einigung zwischen den Parteien stattfindet, würde kein einziger Abgeordneter die deutsche Bevölkerung im Sejm vertreten.

Die überzähligen Stimmen aus den Bezirken würden ungefähr ein Zehntel aller Stimmen betragen und für ungefähr 30 Mandate ausreichen. Diese Mandate, inwiefern durch energische Agitation der deutschen Parteien nicht erworben, würden unter den Parteien proportional zu den von ihnen erhaltenen Stimmen, also hauptsächlich den stärksten national-demokratischen Parteien verteilt werden.

Wir stehen vor einer sehr ernsten Frage: Was für eine Wahltaktik sollen wir im Falle der Annahme dieses für uns so ungünstigen Entwurfs verfolgen und welchen Standpunkt sollen die 3-5 künftigen Abgeordneten in Sejm vertreten?

Aus oben angeführtem folgt: 1. Die Aufstellung von auch nur zwei deutschen Listen wäre politischer Selbstmord; 2. Das Stimmen auf die deutschen Listen in allen Bezirken würde eine große Zahl überzähliger Stimmen ergeben, die dann nur den deutschfreisinnigen Parteien zugute kommen würden. — Hieraus ergibt sich eine ziemlich komplizierte Wahl taktik, und zwar: 1. die Nothwendigkeit, deutsche Listen in allen Bezirken vorzulegen, wo die Aussicht vorhanden ist, auch nur 1 Mandat zu erhalten; 2. eine genügende Anzahl überzähliger Stimmen zu sichern, um Mandate von der Staatsliste zu erhalten; 3. in allen anderen Bezirken, insbesondere dort, wo die linken Parteien Aussicht

nicht so bald zur Ratifizierung unterbreitet werden. Ministerialrat Lados wurde vom Außenministerium nach Prag entsendet, um daselbst gewisse, nicht unwesentliche Aenderungen dieses Vertrages durchzusetzen. Nur im Falle eines Erfolges dieser Mission wird sich der polnische Ministerrat mit der Frage der Genehmigung des polnisch-russischen Abkommens befassen.

Paris, 19. Januar (Bat) Das Exposé, das Poincaré heute vormittag dem Ministerrat zur Befähigung vorlegte, besteht aus zwei Punkten. Der erste Punkt befaßt sich mit Fragen der inneren Politik, der zweite mit der auswärtigen Politik. In dem die auswärtige Politik betreffenden Teil ist gesagt, daß sich die Regierung bemühen werde, das Bündnis aufrechtzuerhalten und zu festigen. Die französische Regierung will sich auf den Versailler Vertrag stützen. Deutschland, das den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, muß sich endgültig entschließen, seine Verpflichtungen einzuhalten und die Schäden wieder gut zu machen, die es verursacht hat. Bezüglich der Konferenz in Genéva stehe das Kabinett auf dem Standpunkt, daß Frankreich von der Mächtigkeitsregierung im voraus Sicherungen fordern müsse. Am Schlusse der Erklärung appelliert die Regierung an die völkische Einigkeit im Interesse der Größe und des Gedeihens Frankreichs.

Paris, 19. Januar (Bat.) Der Ministerrat hat das Gesetz Boncompagni beschlossen.

auf Erfolge haben, die grundsätzlich weniger deutschfeindlich gesonnen sind, gar keine deutsche Liste aufzustellen. Die Folge davon wäre, daß die Deutschen entweder auf die jüdischen und ruthenischen Listen, oder aber überhaupt nicht stimmen würden, wodurch sie den Disvor verringern und den schwächeren linken Parteien Mandate zuschanzen würden. Es bleibt jedoch zu überlegen, ob angesichts solcher Sachlage es sich überhaupt lohnt, den ganzen Wahlapparat in Bewegung zu setzen, um vielleicht 3 bis 4 Mandate zu erhalten; ob es nicht vernünftiger wäre, auf die Wahl zu einem so spezifisch konstruierten Sejm überhaupt zu verzichten? Ich bin ein Feind jeglichen Boykotts, wenn aber anstatt auf 30—35 Mandate nur Hoffnung auf 3 bis 4 vorhanden ist, denkt man unwillkürlich daran, ob es nicht besser wäre, überhaupt nicht zu stimmen, denn es ist bisher keine polnische Partei vorhanden, die die Deutschen einigermaßen gerecht behandeln würde, um ihnen das Stimmen auf ihre Liste zu ermöglichen. Auch die P. P. S. hat das nicht im gegenwärtigen Sejm zu beweisen vermocht. Zweitens: in welcher Lage würden sich die 3 bis 4 deutschen Abgeordneten im Sejm befinden? Einer Kommission können sie nicht angehören, Interpellationen können sie selbst nicht einbringen, als kleinste Fraktion würden sie also fast nie das Wort ergreifen können. Woju sollen sie also überhaupt im Sejm sitzen? Es sei denn daß sie sich mit den Vertretern der jüdischen und ruthenischen Minderheit vereinigen.

Obige trübe Gedanken drängen sich einem anlässlich der geplanten Wahlordnung auf. Hoffen wir jedoch, daß dieser Entwurf noch gründliche Änderungen erfährt, die diese Gedanken zerstreuen. Jedenfalls können die deutschen Abgeordneten nur für solche Wahlordnung stimmen, die Wahlbezirke mit nicht weniger als 10 Mandaten vorsieht, oder aber bei welcher die auf die Staatsliste entfallenden Mandate keinerlei Beschränkungen unterliegen, sondern nur von der Summe aller überzähligen Stimmen abhängig ist; in diesem Falle wäre das dritte Strenitum natürlich überflüssig.

Sollten diese Wanderungen in der kommenden Sejmordnung vom Sejm nicht eingeführt werden, so ständen wir Deutschen sowohl als auch die Juden genau so rechtlos und gottverlassen in Kiewpolen, da, wie unsere Vorfahren im 18. Jahrhundert in Alt-Polen dastanden: nicht als eine vollberechtigte Gruppe von Bürgern, die doch das gute Recht hat, in einer modernen demokratischen Republik ihre Stimme in dem Maße zu erheben, wie sie dies auf Grund ihrer Kopfszahl zu beanspruchen hat, sondern als eine Gruppe von Heloten, von „Untertanen“ des polnischen Herrenvolkes sollen wir — Deutsche, Juden und Ruthenen — hierzulande behandelt werden.

Nein, das werden wir nie und nimmer dulden. Denn von wem Pflichten und Treue dem Staate gegenüber gefordert werden, der hat auch das entsprechende Maß von Rechten zu beanspruchen. Und besteht er darauf nicht, so ist er ein verachtungswürdiger Sklave, aber kein Bürger.

Es unterliegt absolut keinem Zweifel, daß sowohl alle unsere 8 Sejmabgeordneten als auch die 15 Juden im jetzigen Sejm den Saal sofort und für immer verlassen würden, *) falls ihre 389 polnischen Kollegen ernste Mene machen sollten, das jehuitische Nachwerk der neuen Sejmabordnung zum „Grundgesetz des polnischen Staates“ zu erheben.

Auch könnte von einer Teilnahme der Minderheiten an den Wahlen für den Sejm 1922 bis 1927 überhaupt keine Rede sein. Wir müßten uns gänzlich enthalten und — den Böhmenbund mit der Bitte angehen, unsere in Versailles und Paris verbürgten Rechte zu schützen. Denn ob wir Deutschpolen anfast über 30 Sejmabgeordnete bis 4 haben oder auch keinen, das bleibt sich wirtschaftlich gleich. Wer es nicht glaubt, der mag sich nur die lästige Rolle unserer 8 jehemigen Abgeordneten im Sejm ansehen, die schier gar nichts für uns zu tun vermögen. Als man 1905 die Finnen auslud in eine ähnliche Lage versetzte, mißden sie die „Kaiserlich Russische Duma“ so lange, bis das ganze Russenreich endlich an der Verstocktheit seiner chadoninischen Mehrheit zu Grunde gegangen war.

Diese „Winterzeit“ hatte Ehre im Selbe. Und Genie steht Finnland so hoch und stolz in der ganzen zivilisierten Welt da, wie wir es auch diesem unseren polnischen Heimatlande von Herzen wünschen möchten. Es ist dies der Lohn für eine wirklich edle und unverfälscht demokratische Bestimmung der ganzen Nation!

Dr. E. v. Behrens

* Die Mittel des jüdischen Abg. Weizsäcker in dem Straßener „Nacht Kurier“, denen wir einige in diesen unseren Ausführungen entnommen haben, empfehlen der jüdischen Bevölkerung Polens gerade die gleiche Haltung.

Frankreich fordert Sicherungen.

Paris, 18. Januar. „Cablogram“ behauptet, daß die französische Regierung die Versuche bespricht, von Rußland sowohl als auch von Deutschland gewisse Garantien noch vor der Konferenz in Genua zu erhalten. Die Forderung der Räteregierung soll darin bestehen, daß sie den Versailler Vertrag anerkennt und die an Frankreich zu zahlenden Schulden durch seine natürlichen Reichtümer sichert. Die deutsche Regierung soll das Versprechen geben, daß von deutscher Seite die Frage des Wiederaufbaus und der Entschädigungen nicht angeschnitten wird.

Amerikas Vorbehalte.

Wom, 18. Januar. Diese Blätter berichten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika die italienische Regierung benachrichtigt habe, daß sie geneigt sei, unter der Bedingung an der Konferenz in Genua teilzunehmen, daß dort die Frage der Streichung der von europäischen Staaten in Amerika gemachten Schulden nicht angeschnitten wird.

Zahlungsunfähig.

Paris, 19. Dezember (Pat.) Berichten der „Chicago Tribune“ aus Washington zufolge hat ein europäischer Staat (lies: Entente-Staat, D. Schrifl.) Amerika davon benachrichtigt, daß er außerstande sei, die im April fälligen Zinsen von seinen Schulden zu bezahlen.

Die ersten 31 Millionen Goldmark entrichtet.

Paris, 19. Januar. (Pat.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Deutschland hat durch die Garantiekommision, gemäß dem am 13. Januar in Cannes von der Reparationskommission gefassten Entschluß, den Wert von 31 Millionen Goldmark gezahlt. Die Reparationskommission hat bezüglich des Golds für Kohle und Holz, die von Deutschland im Laufe der Monate Februar, März und April geliefert werden sollen, einen Beschluß gefaßt. Die Gesamtmenge, die Deutschland in dieser Frist zu liefern hat, wurde auf 5750000 Tonnen festgesetzt, wobei der Rest durch eine entsprechende Menge Kohle ersetzt werden kann. Es wurde ferner bestimmt, daß die Lieferungen möglichst gleichmäßig auf die ganze Lieferungszeit verteilt werden sollen. Die deutsche Delegation hat sich verpflichtet, die Lieferungsfristen einzuhalten.

Das Kabinett Take Jonescus abgelehnt.

Bukarest, 19. Januar. (Pat.) Gestern stellte sich dem Parlament das neue Kabinett Take Jonescus vor. Im Namen der Parlamentsmehrheit erklärte Abg. Doga, daß er zur Regierung kein Vertrauen habe. Die Abgeordneten der Bauernpartei nahmen den gleichen Standpunkt ein. Ministerpräsident Take Jonescu stellte nun die Vertrauensfrage. Der neuen Regierung wurde mit 190 gegen 87 Stimmen das Mißtrauen ausgedrückt. Darauf erklärte Take Jonescu, daß er noch heute dem Könige den Rücktritt des Kabinetts einbringen werde.

Kulturelle Autonomie für die Minderheiten Estlands.

Am 12. Dezember v. J. wurde in der allgemeinen Kommission des estnischen Parlaments der Gesetzentwurf einer kulturellen Autonomie für die völkischen Minderheiten durchgearbeitet und in erster Lesung angenommen.

Lokales.

Kodz, den 20. Januar.

Die Lage in Handel und Industrie.

Da der Handelsverkehr sich langsam wieder zu beleben scheint und im Zusammenhang damit neue Wirtschaftsprobleme an uns heranreten, halten wir es für unsere Pflicht, den Lesern eine Darstellung der gegenwärtigen Lage zu geben. Zu diesem Zwecke wandte sich unser Bsp.-Mitarbeiter an mehrere hiesige Großindustriellen und Fabrikanten, die folgendes Bild der Lage in Handel und Industrie entwarfen:

Allgemeine Lage.

Um sich Klarheit zu verschaffen über die fortwährenden Veränderungen, denen verschiedene Zweige unserer Textilindustrie in unregelmäßigen Zeitabschnitten unterliegen, muß man die gesamte Textilindustrie in 2 Gruppen einteilen: 1) die Baumwollgroßindustrie und 2) die Wollgroßindustrie sowie die mittlere und kleine Baumwoll- und Wollindustrie. Die Baumwollgroßindustrie ist eigentlich vom Jahre 1919 ab bis auf den heutigen Tag von keiner Krise in der vollen Bedeutung dieses Wortes betroffen worden. Wenn auch an manchen kurzen Zeitabschnitten der Umsatz nur 30 bis 40 Proz. der Erzeugung betrug, so waren das nur vorübergehende Er-

scheinungen von geringer Bedeutung. Die Wollgroßindustrie sowie die mittlere und kleine Industrie wurden dagegen von fortwährenden Krisen heimgegriffen. Im Laufe der letzten Tage ist eine plötzliche Wendung zum Besseren eingetreten. Die Wollwamer Manufaktur z. B. verkauft jetzt über 90 Proz. ihrer Erzeugung.

Die Preise.

Die Preise zeigen gegenwärtig eine steigende Tendenz. Jedoch sind sie immer noch um etwa 40 bis 50 Proz. niedriger als die Preise vom Oktober v. J. Gestiegen sind u. a. die Rohstoffe, wie Baumwolle und Wolle, besonders die letztere, die wir zu 80 Proz. aus dem Auslande beziehen; dieser Umstand ist bei den heutigen niedrigen Kursen der polnischen Mark von bedeutendem Einfluß auf die Preiskalkulation. Eine ungeheure Steigerung haben die Preise der Farbstoffe erfahren, die um 100 bis 150 Proz. gestiegen sind. Es ist dies auf die Erhöhung der Marktpreise für Farbstoffe in Deutschland sowie auf die neuen Beiträge des staatlichen Zollamts zurückzuführen.

Nur die Kohlenpreise fallen und bewegen sich je nach der Güte in den Grenzen zwischen 1500 und 1300 Mark für den Korzec frei Fabrik.

Im Zusammenhang mit der „Danina“ werden die Preise der Waren aller Wahrscheinlichkeit nach etwas anziehen, da die Kaufleute die Abgabebeträge auf diese Weise herauszuschlagen versuchen werden. Auf jeden Fall aber ist nach der „Danina“ auch ein Steigen der polnischen Mark zu erhoffen.

Die Löhne.

Die Arbeitslöhne haben keine Änderung erfahren. Die Arbeiter sind verhältnismäßig gestimmt; ja, sie erklärten sich sogar bereit, ihren Verdienst um 10 Proz. herabzusetzen, wenn eine Preisermäßigung der Artikel des ersten Bedarfs eintreten sollte. Interessant ist, daß die Löhne unserer Arbeiter, nach Umrechnung in deutsche Mark, bis 1 1/2 mal höher sind als die der deutschen Arbeiter.

Die Ausfuhr

Diese Angelegenheit ist jetzt auf dem besten Wege. Außer einheimischen Kaufleuten erscheinen jetzt auch Rumänen hauptsächlich aus dem Handelsmittelpunkt Galaz. Es sind dies meistens frühere bekehrte Kaufleute, die die Bodzer Verhältnisse noch aus der Vorkriegszeit kennen. Die Ausfuhr nach Rumänien bietet sehr gute Aussichten, und nur die ständige Valutaschwankung in beiden Ländern erschwert noch diese Angelegenheit. Abschlüsse mit Rumänien werden hauptsächlich in Franken getätigt. Die Ausfuhr nach Rumänien ist der Vorbote einer großen Ausfuhr nach den Balkanländern, wie Serbien, Bulgarien und sogar Türkei.

Unser Handel mit Rußland.

Die gegenwärtig in Kodz weilende bolschewistische Handelsmission führt schon fast eine Woche lang Verhandlungen mit den Bodzer Großindustriellen. Der Sowjetvertreter, Herr Gorakow, und sein Sachverständiger, Ing. Turbin, legen eine außerordentlich lebhaft tätige Arbeit an den Tag. Es sind jedoch bis zum heutigen Tage noch keine endgültigen Abschlüsse zustande gekommen, da man in der Frage der Bezahlung noch zu keiner Einigung gelangt ist. Herr Gorakow machte den Vorschlag, für die gekaufte Ware 40 bis 50 Proz. in polnischer oder amerikanischer Valuta in bar zu bezahlen; für den Rest des Betrags will er einen Kredit in der russischen Reichsbank eröffnen, bzw. diesen mit kurzfristigen Zahlungsvorschüssen bis zu 90 Tagen decken; diese Verpflichtungen sollen von der Bank der russischen Sowjetrepublik ausgestellt werden und sind in Warschau in polnischer Mark zahlbar. Dieser Vorschlag wurde bisher von den Bodzer Fabrikanten abgelehnt.

Der Vertreter der Wollwamer Baumwollmanufaktur hat folgende Lösung der Zahlungsfrage vorgeschlagen: die Sowjetregierung läßt auf eigene Kosten nach Dantz eine Schiffsendung von Zellen, Flachs, Leber, Holz, Naphtin und anderen Rohstoffen oder Halbfabrikaten abgehen; diese Waren müssen von der Sowjetregierung als Pfand in irgendeinem großen Handelsunternehmen hinterlegt werden, welches dann die russischen Verpflichtungen gegenüber den Bodzer Kaufleuten bezahlen könnte.

Es muß bemerkt werden, daß ähnliche Verhandlungen von den Abgesandten der Sowjets gleichzeitig in Deutschland und Italien geführt werden.

Eine dritte sozialistische (?) Partei der Deutschen in Polen. Gestern haben sich in den Räumen des deutschen Meister- und Arbeitervereins circa 150 Personen zusammengefunden, welche dem Rufe des Stadtverordneten Ulla Folge leistend, sich daselbst versammelten, um eine neue politische Partei der Kopf- und Hand-Arbeiter deutscher Nationalität zu gründen. Die Idee der Schaffung dieser neuen Organisation wurde von Herrn Paul Fischer aus Sopotno bei seinem letzten Besuche unserer Stadt den Herren Ulla und Kropf gegeben und muß als eine ganz natürliche Gegenwirkung der von Ulla Bodzer deutschen und holländischen Kaufleuten und Industriellen eingeleiteten Wollwamer Agitation gegen eine neue polnisch-jüdische deutsche Bürgerpartei betrachtet werden. Nach Beendigung des Programms und der Sitzungen der Deutschen Arbeiterpartei in Polen, durch

Herrn Berbe, wurde der Mitgliedsbeitrag auf 50 M. jährlich festgesetzt und es haben sich nach der hinreichenden Aussprache des Herrn Krong, der die Faulheit und das schäbliche Phrasengebrech der bisherigen Deutschumsführer mit feurigen Worten brandmarkte, fast 80 Mitglieder der eben gegründeten Partei sofort angeschlossen, die ihre Mitgliedsarten gleich in Empfang genommen haben und aus ihrer Mitte auch den größeren Teil des 30 Mann zählenden Parteivorstandes wählten. Alle Vorfächer wurden einstimmig und ohne Widerspruch der Partei gewählt. Als Vorsitzender wird provisorisch Herr Ing. Emil Berbe, als Kassierer Herr E. Schulz, als Schriftführer Herr A. Krong. Nachdem der Vorschlag eines Parteigenossen, das neue Kind mit dem Namen Deutsche Sozialistische Partei Freiheit zu taufen, als verfrüht vom Vorsitzenden der Versammlung, Stadverordneter Ulla abgelehnt wurde, hat der letztere im Schlusswort seinen festen Glauben zum Ausdruck gebracht, es sei ein nicht nur für Kodz und das Deutschum, sondern sogar für das gesamte Polnische Reich der Gründungstag der neuen Partei als ein historischer Tag zu betrachten.

Bsp. Weigerung des Streiks. Wie bekannt, ist in der vorigen Woche ein Streik der mechanischen Schuhmacher ausgebrochen, den es gelungen ist, jetzt beizulegen. Die Forderungen der Meister, die auf eine Beherrschung der Arbeitsvermittlung und Beseitigung der kleinen Meister hingen, sind nicht erfüllt worden. Der Streik endigte also mit einem Siege der Arbeiter. Da die Meister sich während des Streiks fremde Arbeiter kommen ließen, kam es zu Ausschreitungen. Im Zusammenhang damit wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen; aus diesem Grunde haben die Arbeiter trotz der Beendigung des Streiks die Arbeit noch nicht aufgenommen, da sie auf die Befreiung der Verhafteten warten.

Minister Lopuszanski über Schulfragen der Minderheiten.

Der Bildungsminister für Religions- und Wissenschaftsangelegenheiten, Lopuszanski, erklärte in einem Interview dem Vertreter des „Kurjer Warszawski“, daß das Ministerium für Religionsangelegenheiten die jüdischen Wünsche betreffs Schaffung von Vorbereitung- und Mittelschulen, sowie die Wünsche anderer Gruppen im günstigen Sinne berücksichtigen wird.

Die Deutschen sind nicht nur nach dem Wortlaut der Verfassung, sondern auch in der Praxis (die Schriftleitung.) in bezug auf das Schulwesen mit den Bürgern polnischer Nationalität gleichberechtigt. In Gegenden, in welchen mindestens 40 deutsche Schulpflichtige Kinder sich befinden, haben die Schulbehörden öffentliche deutsche Schulen eingerichtet. Im ehemaligen Kongresspolen existierten über 300 öffentliche deutsche Schulen. Die Zahl der deutschen Mittelschulen ist nicht beträchtlich, da die polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität Privatschulen bevorzugen.

Von den deutschen Schulen. Am vergangenen Sonntag fand im Schullokale Ziel n. 32, eine Konferenz der Vornünder der jüdischen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache statt. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Es waren kaum 17 Vornünder sowie einige Lehrer aus den deutschen Schulen anwesend, von den Hauptvornündern war überhaupt kein einziger erschienen. Von einigen Schulen war weder ein Lehrer noch ein Vornünder anwesend, obwohl jede Schule besonders eingeladen war. Es wurde daher beschloffen, künftig beide deutsche Zeitungen zu den Sitzungen einzuladen; auch sollen sie erlucht werden, sich mit einem Aufruf an die Leiter der deutschen Schulen sowie auch an alle Vornünder zu wenden, sie möchten am kommenden Sonntag in ihren Schulen Elternversammlungen einberufen, zwecks Gründung von Selbsthilfen bei den Schulen, wie dies bereits in vielen polnischen Schulen geschehen ist. Die Art und Weise der Organisation solcher Selbsthilfen wird den Lehrer- und Vornündern der einzelnen Schulen überlassen. Die Verwaltung der Selbsthilfen sollen die Schüler der oberen Klassen unter Aufsicht der Lehrerschaft übernehmen. Zuerst sollen hauptsächlich Schreibhefte zu billigen Preisen angeschafft und von den Schülern verkauft werden, wobei den ärmeren Kindern die Preise ermäßigt, in einzelnen Fällen die Hefte umsonst abgegeben werden könnten.

Am Donnerstag, den 26. d. Mts., um 7 1/2 Uhr (spätestens 8) findet in demselben Lokale eine 2. Konferenz statt, zu welcher nochmals alle Lehrer und Vornünder der deutschen Volksschulen eingeladen werden.

Solche Versammlungen sollen übrigens regelmäßig monatlich einmal stattfinden, um zwischen den Lehrern und den Vornündern ein Zusammenarbeiten zu ermöglichen, weil ja beide Seiten gemeinschaftlich über das Wohl der Schulen nachdenken sollen.

Da in manchen Schulen die Vornünder überhaupt untätig sind, so werden Wünsche laut, solche durch andere Herren zu ersetzen; auch soll bei den Wahlen der Vornünder mehr Gewicht auf Fähigkeit und Eifer derselben gelegt werden, andernfalls würden unsere deutschen Schulen allmählich das Ansehen verlieren, was wir auf keinen Fall zulassen dürfen. Nachdem noch von den anwesenden Lehrern einige über verschiedene Mängel in den Schulen gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen. Vorher wurde mitgeteilt, daß Pol. Sozialistischer am Sonnabend, den 27. d. Mts., um 8 Uhr abends, in demselben Lokale einen Vortrag über die deutschen Volksschulen in Kodz halten wird, zu welchem die Lehrer, Vornünder, sowie

auch die Eltern eingeladen werden. Eintrittskarten zu 20 Mark sind beim Eingange zu haben.

Im Gölfe für entlassene Offiziere. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß 12000 Offiziere aus dem Heere entlassen werden, ist es notwendig dafür zu sorgen, daß diese Personen einen bürgerlichen Beruf finden. Aus diesem Grunde wurde in Warschau ein Bürgerausschuß ins Leben gerufen, der bereits Fortbildungskurse sowie ein Heim für 200 Offiziere errichtet hat. Ähnliche Ausschüsse sollen im ganzen Lande gegründet werden. Zu diesem Zweck wurde Generalleutnant Latour nach Kodz entsandt. In Begleitung des Generalsekretärs Nowakowski begab sich der General zum Wojewoden, der die Gründung eines Bodzer Hilfsausschusses zulagte. Ihre Mitwirkung zugesagt haben u. a. auch Bischof Tymieniecki und General Rydzkowsky.

Das Danina-Gesetz.

II.

Art. 5.

Für diejenigen Personen, für die die unter A d des Art. 4 genannten Steuern zum ersten Mal für das Jahr 1921 veranlagt wurden, wird die außerordentliche staatliche Abgabe berechnet durch Multiplikation der Steuergebühren für dieses Jahr mit Multiplikatoren, die in Teil A d des Art. 4 festgelegt sind.

Art. 6.

Auf dem Gebiet der Wojewodschaften Nowogrodzka, Polnische und Wolhynen, sowie des Bialogroder, Bialowiescher, Bielsker, Grodzienster, Solower und Wollomysker Kreises der Wojewodschaft Bialystok wird die Abgabe für die in Art. 2, Teil I A a aufgeführten Zähler in der Höhe berechnet, wie dies im Anhang Nr. 3 vermerkt ist.

Art. 7.

Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in Art. 2 Teil II genannten Personen entfällt, wird von Handels- und Bankunternehmen, die vor dem 1. Januar 1920 entstanden sind, in der Höhe von 15 Proz. vom Anlagekapital (Aktien, Anteile, Beiträge usw.) sowie Beständen und Reserven nach dem Stand am Tage der Veröffentlichung dieses Gesetzes berechnet; bei allen anderen aber beträgt die Abgabe 10 Prozent dieser Kapitalien. Sofern aber die genannten Personen Immobilien, Maschinen, Produktionsgeräte oder Patente besitzen, die vor dem Jahre 1920 erworben wurden, dann muß der Kaufpreis dieser Gegenstände zwecks Bestimmung der Berechnungsgrundlage für die außerordentliche staatliche Abgabe umgewertet werden, indem man ihn mit folgenden Faktoren multipliziert:

- a) wenn der Kauf vor dem 1. Januar 1916 erfolgte, mit 20;
- b) wenn der Kauf in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1918 erfolgte, mit 10;
- c) wenn der Kauf im Jahre 1919 erfolgte, mit 5.

Die Bestimmungen des vorigen Absatzes werden auch auf Kapitalien angewandt, die schon mit Einwilligung des Finanzministers auf andere Valuta umgewertet wurden.

Das Gründungskapital von Unternehmen, die juristischen Personen gehören, deren Verwaltung sich außerhalb des Gebietes der Republik befindet, wird nach den Vorschriften bestimmt, die im letzten Teil des Art. 21 des Gesetzes vom 6. Juni 1920 über die staatliche Vermögens- und Einkommensteuer (Dz. Ustaw Nr. 4, Nr. 82, Pos. 550) enthalten sind, indem analog die Vorschriften des ersten und zweiten Absatzes dieses Artikels angewandt werden.

Art. 8.

Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Personen entfällt, die in Art. 2 Teil III genannt sind, wird berechnet:

- I. Für Pächter, die den Grund umsonst benützen:
 1. in der Höhe, die in Art. 4 A a, B a, C a und im Art. 6 bestimmt ist, sofern der Grundbesitz mit Grundsteuer belastet ist.
 2. in Höhe der durchschnittlichen Belastung der Grundstücke mit der Abgabe, die sich in derselben oder Nachbargemeinde oder Dorfe befinden, soweit das Grundstück nicht mit der Grundsteuer belastet ist.
- II. Für andere Pächter und Käufer in der Höhe, die in Art. 35 bestimmt ist, und zwar so, daß als Grundlage der Berechnung derjenige Betrag der außerordentlichen staatlichen Abgabe genommen wird, der im Sinne des Punktes 1 h. m. des Punktes 2 des ersten Teiles dieses Gesetzes auf sie entfallen würde.

Art. 9.

Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Personen entfällt, die in Art. 2, Teil IV, genannt sind, wird in Höhe der jeweiligen Grundmiete berechnet, die für das Jahr 1921 gezahlt wurde.

Für Wohnungen und Lokale, die umsonst auf fremden Grundstücken eingenommen wurden, wird die außerordentliche staatliche Abgabe in der Höhe des doppelten jährlichen Mietwertes berechnet, der der Miete (Abs. 1 dieses Artikels) für Wohnungen und der Miete der Lokale entspricht, die sich unter denselben oder ähnlichen Bedingungen befinden. In denjenigen Ortschaften, in denen die Grundbesitzer des Mieterschutzgesetzes vom 18. Dezember 1920 nicht verpflichtet (Dz. Ustaw Nr. 4, Nr. 421, Pos. 19), wird die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in diesem Artikel genannten Personen entfällt, in der Höhe von 2000 Mark für jedes Zimmer bzw. Räumlichkeit berechnet.

Art. 10.

Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf Grund des Art. 2, Teil V, entrichtet werden muß, wird in der Höhe eines Fünftels des Einkommens berechnet, das aus der Ausübung freier Berufe im Jahre 1920 erzielt wurde und bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1921 festgestellt wurde.

Art. 11.

Die außerordentliche staatliche Abgabe, die auf die in Art. 2, Teil VI, genannten Personen entfällt, wird in folgender Höhe berechnet:

- 1 Million Mark von einem Personenauto mit mehr als 15 Pferdekraften und in der Höhe von 750 000 Mark von einem Auto mit weniger Pferdekraften;
- 200 000 Mark von einer mehrspännigen Equipage und 100 000 Mark von einer einspännigen Equipage;
- 20 000 M. von einer zwelfspännigen Droschke und 10 000 Mark von einer einspännigen Droschke in Warschau und Lodz, und die Hälfte dieser Summen von Droschken in anderen Städten;
- 100 000 Mark von einem Autotaxi und 40 000 Mark von einer Autodroschke.

Art. 12.

(Ausgeschlossen.) Die außerordentliche staatliche Abgabe, die in diesem Artikel bestimmt ist, gilt nur für Petroleum-Unternehmen.

Der ungefähre materielle Erfolg des Wolga-Abends. Wie wir erfahren, hatte der deutsche Wolga-Abend nach bisheriger vorläufiger Berechnung eine Reineinnahme von 1.888.565 M. anzuführen. Der Reinertrag beläuft sich auf 1.400.000 M.

Unterhaltungsabend. Am 21. d. M. veranstaltete ein Kreis junger Leute im Saale in der Kocimiska-Allee 21 (Djizine, 1. Stock) einen Familien-Abend. Unter anderem werden mehrere Einzelauftritte mit Gesang und eine komische Szene in einem Akt gegeben. Während der Pausen wird ein Mandolinen-Orchester spielen. Die Reineinnahme ist, wie man uns mitteilt, für einen wohltätigen Zweck bestimmt. Nach den Aufführungen Tanz.

Die „Niezpospolita“ und die Lodzer Deutschen.

Es vergeht kein Tag, an dem die Zeitung der polnischen „Kafatisten“ Warschau unsere Lodzer Deutschen nicht auf die niederträchtigste Art verhöhnen würde. In der Nr. 17 d. J. finden wir wieder eine Blüte, welche von der gewissenlosen Gehebezeugt ablegt, die die heute Tonangebenden Schichten der polnischen Gesellschaft gegen die Deutschen in Lodz vom Zaune brechen. Die Lodzer Meldung lautet wie folgt:

Wille der Kafatisten.

In den hiesigen Fabriken, in denen Deutsche arbeiten, kommt es oft zu Reibungen zwischen den deutschen Vorgesetzten und den polnischen Arbeitern. Letztere war dies in der Fabrik von Mart der Fall. Der in dieser Fabrik als Stellmacher beschäftigte Deutsche Freitag, hat oft die Polen und die polnische Regierung öffentlich beschimpft. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter wandten sich an den Direktor mit der Aufforderung, Freitag zu entlassen. Der Direktor, gleichfalls ein Kafatist, sagte, daß er lieber 25 Polen als einen Deutschen entlasse. Daraufhin wandten sich die Arbeiter an die Polizei, die Freitag zur Verantwortung gezogen hat. Als Antwort darauf hat der Direktor 25 Arbeiter entlassen.

Die Angelegenheit dürfte größere Ausmaße annehmen und gibt von den Strömungen unter den hiesigen Deutschen Kenntnis. Im Laufe des letzten Monats wurden mehrere ähnliche Fälle festgestellt.

Die „Lodzer Freie Presse“ hat nun an Ort und Stelle folgende Tatsachen festgestellt.

1. Es ist eine Lüge, daß in den hiesigen deutschen Fabriken, besonders aber in der Fabrik Allart, Rouffau u. Co., die Arbeiter polnischer Nationalität schlechter behandelt werden als die Deutschen. Eher ist das Gegenteil der Fall, da gerade die deutschen Großindustriellen durch die hochschlagenden Lagen des polnischen Chauvinismus dermaßen eingeschüchtert sind, daß sie sich fürchten, ihre eigenen Stammesbrüder in ihren Werken zu behalten. Viele unter ihnen ziehen es vor, ihre Stammesgenossen im Stich zu lassen und die verheerendste, ausgrenzende Haltung der polnischen „Expatranten“ nachzuahmen.

2. Die Eigentümer der Firma Allart, Rouffau u. Co. sowie ihre Direktoren gehören nicht zu der geschätzten Sorte von Lodzer Industriellen. Es sind Franzosen. Die direkten Vorgesetzten des Tischlermeisters Freitag — Direktor Salabine ist Franzose, der Betriebsingenieur Stierling ist ebenfalls Franzose. Wenn diese Leute nun von der „Niezpospolita“, die doch selbst eine halbfranzösische Zeitung ist, als deutsche Kafatisten bezeichnet werden, so ist dieses nur ein Beweis dafür, daß den Herren polnischen „Hurra-Patrioten“ alles recht ist, um das hiesige Deutschum bei den breiten Massen des polnischen Volkes verhasst zu machen.

3. In der Werkstatt, in der Freitag beschäftigt war (Tischlereiabteilung), waren nur 21 Mann beschäftigt. Somit ist es eine abermalige Lüge, daß der „Kafatist“ Direktor Salabine Freitag, Salabine und der polnischen Staatspolizei zum Schrecken 25 polnische Arbeiter entlassen hätte.

Entlassen wurden nur 6 Mann und zwar durch uns nicht aus Gründen politischer Natur, sondern

ausschließlich infolge der allgemeinen Betriebsstörung in den Fabriken der Stadt Lodz.

Wenn aber der französische Fabrikdirektor auch wirklich geküßert haben sollte, daß er der Arbeitsleistung wegen einen deutschen Arbeiter 25 polnischen vorziehe, so ist das doch wohl seine rein persönliche Angelegenheit, welche auf Erfahrungen begründet ist.

Dr. v. B.

Vom amerikanischen Rettungsausschuß.

Wie wir bereits berichtet haben, müssen für die für Rußland ausgelassenen amerikanischen Lebensmittelpakete Doliare gezahlt werden. Solche sind auf Grund von Scheinen in den Lodzer Banken zu erhalten, welche erste vom Vertreter des amerikanischen Rettungsausschusses, Herrn Joseph W. Rice, im Grand-Hotel zu erhalten sind. Diese Scheine werden nur kurze Gültigkeitsdauer haben.

Bip. Wieder ein Raubüberfall. Selten

vergeht ein Tag ohne Raubüberfälle, die sogar schon am hellen Tage verübt werden. Trotz der zahlreich vorgenommenen Vergewaltigungen wächst die Zahl der Banditen mit jedem Tage. Der nachstehend geschilderte Fall bietet einen traurigen Beleg für die öffentliche Sicherheit in unserer Stadt. Gestern um 10 Uhr vormittags ging der Kassierer der gemeinsamen Verwaltung von Scheibler und Grobmann, Jan Fomarski, mit dem für die Auszahlung der Arbeiterarbeiten erforderlichen Gelde die Rikunstraße entlang. An der Ecke der Talsstraße überfielen ihn plötzlich 3 bewaffnete Banditen, von denen zwei in militärischer Uniform waren. Einer von ihnen versetzte dem Fomarski einen Schlag mit einem Stück Eisen, worauf der Ueberfallene blutend zusammenbrach. Der ganze Betrag von 789 400 Mark, den Fomarski bei sich hatte, ist von den Banditen geraubt worden.

Ein Vorübergehender sah dies, lief zu dem in der Nähe befindlichen Untersuchungsamt (Kilinskiego Nr. 136) und brachte den Ueberfall zur Kenntnis. Sofort nahmen einige Polizisten die Verfolgung der fliehenden Banditen auf. Zwei von ihnen wurden festgenommen, und zwar der Fahnenflüchtige des 28. Inf.-Regiments Feliz Malacki und der demobilisierte Gendarm Antoni Galla. Dem dritten Banditen gelang es zu entkommen. Den Verhafteten wurde ein Browningrevolver und das ganze geraubte Geld abgenommen. Die weitere Untersuchung ist im Gange.

Bei der Verfolgung der Diebe, die in der Fabrik von M. A. Wiener (Gegielana 98) für 1 1/2 Millionen Mark Ware gestohlen hatten, wurde der Polizist Wiktor Benartowicz verwundet. 9 Stück Ware wurden von den Dieben während der Flucht weggenommen.

Kommunistenprozesse. Gestern begannen im Bezirksgericht die Verhandlungen gegen eine Anzahl Kommunisten, die an den Unruhen am 1. Mai o. J. teilgenommen hatten. Auf dem Plac Wolnosci wurden von den Kommunisten aufstehende Plakate gehalten, die gegen den Staat gerichtet waren. Dabei verhaftete die Polizei eine gewisse Anna Bonczyk, bei der eine Fahne vorgefunden wurde, und ihren Begleiter Giet Gerecht. Die Bonczyk gab an, daß man ihr die Fahne vorgesetzt hatte und sie diese, ohne sich über ihr Tun im klaren zu sein, genommen habe. Auf dem Wege sei ihr viel geworden und sie habe sich deshalb an dem ihr obliegenden fremden Gerecht gewandt. Am selben Tage verhaftete die Polizei noch als Teilnehmer am Unruhen: Ahman, Israel Beier, Tomas Kuchinski. Die Anklage gegen alle angeführten Kommunisten lautet auf Zugehörigkeit zur kommunistischen Arbeiterpartei Polens, Teilnahme an Unruhen und Abhaltung von Reden nationaler Egoisten, die den Sturz der bestehenden sozialen Ordnung in Polen zum Ziel haben. Da die Verhandlungen zur Zeit der Verhandlung der Kammer noch andauern, bringen wir den Verlauf derselben in der nächsten Nummer.

Bip. Durchsichtige Ausrede. Der Finanzbeamte Wladislaw Mikolajczyk erklärte sich 87 900 Mark an und entzog. Der Kriminalpolizist in es gelungen, ihn in Warschau zu verhaften. Mikolajczyk gab an, daß er das Geld im Hause 15 in der Jagodna-Straße in Lodz verloren hätte. Er wurde im Gefängnis in der Wladyslaw-Straße untergebracht.

Fester Schlaf. Einem gewissen Abram Gwi (Gegielana 5) wurde während des Schlafes im Bagnage die Brieftasche mit 62 200 Mark gekloppt.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermitteln worden, für die wir den Spendern in Namen der Bedachten herzlich danken.

Für die Wolga-Deutschen: 1000 M. von Frau Reiske; 1000 M. von Herrn Friedrich Groß. Zusammen 2000 M. Mit den bisherigen 32 000 M., insgesamt 34 000 M.

Für die Rückwanderer in Groß-Paproc: 1000 M. von Herrn Friedrich Groß, mit den bisherigen 18 940 M., zusammen 19 940 M. und 4 weitere.

Kunst und Wissen.

Deutsche Bühne. Uns wird geschrieben: Heute wird zu Wache tagsüber das antike Lustspiel von Franz und Paul Schöndhan „Der Raub der Sabinerinnen“ wiederholt. Jede Aufführung dieses Stückes bedeutet einen großen Lacherfolg. Es steht dem Betrachter heute also ein sehr lustiger Abend bevor.

Kasinoabend im „Casino“. Am Sonntag, den 21. und am Sonntag, den 22. d. M., finden im Casino zwei große kün-

stische Abende statt, an denen nachstehend genannte Schauspieler der Warschauer Bühnen mitwirken: Janina Mabyarowna, Sophie Jozennicka, Domanski, Ein, Kostot und andere. Zur Darstellung gelangen die zeitgemäßen Neuschöpfungen, wie „Dann“, „Der Völkerrand“, „Der Wiederaufbau Europas“ und dergl. Eintrittskarten für diese interessanten Abende sind bereits in der Kinokasse zu haben. Beginn um 11 Uhr 30 Min. abends.

Vereine u. Versammlungen.

Der Gauverband der deutschen Turnvereine in der Wojewodschaft Lodz hat in seiner letzten Verwaltungssitzung beschlossen, zur Stärkung seiner Mittel ein großes Hallenfest unter Beteiligung sämtlicher zum Gau gehörigen Vereine zu veranstalten. Die Verhandlungen mit der Verwaltung des Lodzer Sport- und Turnvereins wegen Ueberlassung der Turnhalle sind bereits abgeschlossen. Das Fest wird am Sonntag, den 11. Februar d. J., stattfinden. Am Sonntag, den 22. d. M., vormittags um 10 Uhr, findet in der Wohnung des zweiten Vorsitzenden, Herrn E. Kaiser, Radwanstraße 35, eine Sitzung der Gauverwaltung mit dem technischen Ausschuss zwecks näherer Beratung über diese Veranstaltung statt.

Bip. Zusammenschluß zweier Schuhmacherverbände. In diesen Tagen fand eine Beratung beider Zentralverwaltungen des polnischen und jüdischen Arbeiterverbandes der Lederindustrie statt, auf der die Grundlage eines Zusammenschlusses endgültig festgelegt wurde.

Zuschriften.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten anderer Leser, auch wenn diese mit der Richtung unserer Blätter nicht übereinstimmen. Eine Verantwortung für den Inhalt übernehmen wir nicht.

Zu den städtischen Wahlen.

Sehr geehrter Herr Schriftleiter! Haben Sie die Güte, folgende Zeilen als Ergänzung zu den letzten erschienenen Ausführungen über die städtischen Wahlen in Ihr geschätztes Blatt aufzunehmen:

Schon in den nächsten Wochen muß es entschieden werden, wieviel und welche Listen wir bei den kommenden Wahlen in den Stadtrat aufstellen sollen. Schnell und scheinbar treffend kommt die Antwort: je weniger, desto besser; am besten nur eine! Aber gerade für diese Wahlen ist das Aufstellen nur einer Liste ausgeschlossen, denn im Stadtrat kommen die wirtschaftlichen Fragen in gleicher Wichtigkeit mit den politischen Fragen zur Geltung, und deswegen würde eine nur politische Interessen vertretende Liste nicht genügen. Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen kommen zwei grundsätzliche Richtungen in Betracht: die bürgerliche und die sozialistische. Diese zwei Auffassungen liegen in vielen Wirtschaftspragen im schroffen Gegensatz zu einander.

Es ist z. B. nicht zu erwarten, daß ein Industrieller oder Kapitalist seinen Wahlsitz für eine linksstehende Liste abgibt; eher wählt er gar nicht oder entscheidet sich gar, wie es im Jahre 1919 vorkam, für eine polnische Liste, wenn dieselbe nur eine bürgerlich-konservative Richtung besitzt; ebenso kann ein Werktätiger, ob geistiger oder körperlicher Arbeiter, keine bürgerliche rechtsstehende Liste unterstützen. Auch die Frage der Wahl des Präsidiums und des Magistrats spielt hier eine wichtige trennende Rolle. Die von einer deutschen bürgerlich-konservativen Liste durchgeführten Abgeordneten werden ein Präsidium und einen Magistratsbestand aus den Reihen der Nationaldemokraten und anderen rechtsstehenden polnischen Parteien wählen, um so für ihre wirtschaftlichen Interessen Schutz zu erhalten; die Abgeordneten einer deutschen sozialistischen oder Arbeiterliste werden für einen Magistratsbestand aus linksstehenden polnischen Parteien eintreten, da die letzteren leichter für die Mitleid unserer deutschen Volksschulen und für die Bedürfnisse der Werktätigen zu haben sind.

Dasselbe kommt ja auch bei den Sejmabgeordneten zur Geltung. Gegen unsere jetzigen Sejmabgeordneten, denen wir für ihre Arbeit in politischen Sachen zu Dank verpflichtet sind, hört man öfters Klagen führen, daß sie in wirtschaftlichen Fragen gegen die Interessen dieser oder jener Wirtschaftsklasse gestimmt haben. Diese Vorwürfe den Abgeordneten gegenüber sind aber ungerecht, denn man ließ ihnen ja, wie es auf den Wahlversammlungen festgelegt wurde, in vielen Wirtschaftspragen freie Hand. — Wenn man nun in der Zukunft diese Mißverständnisse und Reibungen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik vermeiden will, so muß man schon des lieben Friedens willen jedem gerecht werden und zwei Wahllisten aufstellen. Großen Verlust können dabei die Deutschen in Lodz bei den städtischen Wahlen nicht erleiden, umso mehr, da Polen und Juden nicht nur in zwei, sondern in etliche Lager gespalten sind. Andererseits ist es aber zu erwarten, daß viele Personen, die eine ausgeprägte parteipolitische Ueberzeugung besitzen, bei zwei deutschen Listen eine ihren eigenen politischen Anschauungen entsprechende Wahlliste finden; und dadurch können unter Umständen mehr Stimmen aufgebracht werden, als dies bei einer nur rein politischen der Fall sein würde.

P. F-r.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der Papst ist an Bronchialkatarrh erkrankt und muß das Bett hüten. Sein Ge-

sundheitszustand gibt zu Befürchtungen keinen Anlaß.

Die Ernennung Marschall Petains zum Generalinspektor der Armee wurde amtlich bekanntgegeben.

Ungarische Blätter berichten über eine bevorstehende Begegnung des Präsidenten Tassary mit Benizelos.

Durch Polen sandte die Hilfsorganisation Naniens 6 Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln nach der Ukraine.

Aus Genua wird berichtet, daß die italienische Regierung anlässlich der Konferenz in Genua 10 Millionen Lire zum Ausbau des Telephonnetzes und Erbauung einer Funkenstation bewilligt hat.

In Triest sind 7 sowjetische Matrosen verhaftet worden. Die Sowjets haben infolgedessen den Italienern die Ein- und Ausreise aus Rußland verboten.

Gestern hat der polnische Gesandte, Graf Zygmunt Rajocki, dem Präsidenten der österreichischen Republik, Heimisch, sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Letzte Nachrichten.**Alarmnachricht aus Oberschlesien.**

Berlin, 19. Januar. (Polpr.) Die Zeitungen berichten, daß in den nächsten Tagen in Oberschlesien ein neuer polnischer Aufstand ausbrechen soll.

Eröffnung deutscher Konsulate in Sowjetrußland.

Moskau, 19. Januar. (Polpr.) Die Sowjets benachrichtigten die deutsche Regierung, daß sie die Eröffnung deutscher Konsulate in Kajan, Baku, Tiflis, Batum, Kojtow, Sewastopol, Nikolajew und Sjew, gestatten. In Scharow, bei der Regierung der Sowjetunion soll eine deutsche diplomatische Vertretung ihren Sitz haben.

Bratians mit der Kabinettbildung betraut.

Bukarest, 19. Januar. (Pat.) Der Führer der liberalen Partei Bratians wurde mit der Kabinettbildung betraut. Als Mitglieder des Kabinetts werden bereits genannt: Johann Bratians — Präsident, Johann Deuca — Außenminister, Vintila Bratians — Finanzen. Weitere Verhandlungen sind im Gange.

Polnische Börse.

Warschau, 19. Januar

100 M. d. d. Bankkreditges.	—
100 M. d. d. Bankkreditges.	—
100 M. d. d. Bankkreditges.	72.35-73.75
5proz. Kassa d. Stadt Warschau	236.300
6proz. Obl. d. St. Warschau 1915/16	242.5-243.50
6proz. Obl. d. St. Warschau 1917	119.0-121
6proz. Anteile der Vorauszahl.	97.50

Valuten:

Dollars	3200-3200-3270
Franks	280
Deutsche Mark	11.65
Geld:	
Cheques	219.254
Cheques	17-17.0-16.96
Cheques	17-16.95
Cheques	1830-18300
Cheques	260-270
Cheques	64.54-60-54
Cheques	39.50-39

Aktien:

Handels- u. Ind.-Bank	2400
Kreditbank	2750-2800
Westbank	1375
Vereinigtes poln. Landeseigenes	950
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr.	17750
Holz-Industrie	1300
Lilpop	2775-2800
Ostrowitzer Werks	1600
Kudski	18.0-18.25
Starkowice	38.0-38.35-39.50
Borkowski	130-1200
Hebr. Jankowsky	1105-1100
Schiffahrtsgesellschaft	1480-1500-1490
Polnische Naphta	1760-1780-1740

Baumwolle.

Bremen, 17. Januar: Loco 79.90, 80.
New-Orleans, 17. Januar: Loco 16.50.
Liverpool, 17. Januar: Februar 102, April 101, Juni 102, August 104, Februar 101, April 101, Juni 100, August 03, September 97, Oktober 94, November 94, Dezember 94.

Vom Bunde der Deutschen Polens.

Kozmadowslaprag 17.

Achtung!

Der Vorsitzende des Hauptvorstandes des Bundes beehrt sich, die Herren Vorsteher zu ordentlichen Sitzungen am Sonnabend zu einladen. Tagesordnung: Bestätigung des B. D. P. — Reform der Geschäftsführung — Wolga-Abend-Abrechnungen. — Wahlfragen. — Freie Anträge.

Die Sitzung wird pünktlich um 8 Uhr beginnen. Nur Ehrenmitglieder und Bundesratsmitglieder werden zur Sitzung zugelassen.

Dr. v. Behrens.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Kargel.
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Gmahl.
Druck und Verlag Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ W. m. b. H., Petrusstraße 24.

Am 19. d. Mts., nach langem schweren Leiden verschied um 1/6 Uhr morgens mein geliebter Vater, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Alexander Drebert

im Alter von 78 Jahren. — Die Beerdigung findet am 22. d. Mts., um 3 Uhr nachmittags zu Poddgice statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Am Mittwoch, den 18. Januar, um 3 Uhr nachts, verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber

Georg Styrca

im Alter von 24 Jahren.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. Januar, um 2 1/2 Uhr nachmittags von der Beichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus statt.

263

Die trauernden Hinterbliebenen.



Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss verschied gestern mittag nach längerem Krankenlager meine innig geliebte Gattin, unsere herzlichste Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Otilie Poransta geb. Katman

im Alter von 35 Jahren.

Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet morgen, Sonnabend, den 21. Januar a. c. um 4 1/2 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Kodzer-Straße 17 aus, auf dem örtlichen katholischen Friedhofe statt.

Um Alles Beileid bitten

3. Jänner, den 20. Januar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

267

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres innig geliebten Sohnes und teuren Bruders

Julius Reil

Student der Philos. und Philol. der Posner Universität

sagen wir hierdurch allen, die dem Heimgegangenen die letzte Ehre erwiesen haben, unseren tiefgefühlten Dank.

Insbesondere danken wir Herrn Pastor Dietrich für die trostreichen Worte im Trauerhause und am Grabe, dem Herrn Direktor und den Schülern des hiesigen Lehrerseminars sowie den Herren Ehrenträgern und den edlen Kranzspendern.

261

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.



Lodzer Musikverein „Stella“.

Sonnabend, den 21. Januar d. J.

von 9 Uhr abends ab,

findet im Vereinslokale

Sienkiewicza Straße Nr. 54

ein

Großer Maskenball

mit vielen Ueberrassungen statt, wozu die Herren Mitglieder mit ihren w. Angehörigen sowie Mitglieder fremdeter Vereine ergebenst eingeladen werden.

Die Verwaltung.

192 Billets im Vorverkauf bei Herr Schimmoch, Wilschstr. 14 im Laden zu haben

Familien-Abend

verbunden mit

Liebhaver - Aufführungen

veranstaltet von einem Kreise junger Leute.

Sonnabend, den 21. Januar, um 8 Uhr abends,

im Saale in der Kosciuszko-Allee Nr. 21 rechte

Offizine 1 Stod. Nach den Aufführungen Tanz. Am

Klavier spielt Kochanowski. Für Getränke und Speisen

ist gesorgt. Die Teilnahme ist für wohlthätige

Zwecke bestimmt. Billets im Vorverkauf sind zu

haben bei H. 23 bis, Alaja 1-go Kassa Nr. 34

Wollen Sie Geld

sparen, so besuchen Sie **Schmiedel & Rosner**, Lodz, Petrikauer Straße 100 und Filiale 160; dort werden während des Ausverkaufs fabelhaft billig verkauft:

Moderne Damen-Mäntel 15.500, 12.500; Röcke 2.500, 1.800; Rabens- und Mädchen-Mäntel 7.000, 6.000, 5.000; Herren-Mäntel 22.000, 18.000; Elegante Kleider aus Wolstoff und Garbarbin 15.000, 12.500.

Damen-Kleider 5.500, 4.500. 126

Kirchengesangsverein „Aeol“

Kiliński Straße 129.

Montag, den 23. Januar d. J. um 7 Uhr abends

im ersten und um 8 1/2 Uhr abends im zweiten Termin:

Jahreshauptversammlung

Um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder bittet

137

Der Vorstand.

Auf Mittergut in der früheren Provinz Posen wird durchaus

gebildet

261

junges Mädchen aus guter Familie

gesucht, welche Deutsch und Polnisch in Wort und Schrift beherrscht zur

Hilfe in Buchführung und Buchführung. Lebenslauf und Bild

bittet in der von Rego, Mittergut Lubosin, pow. Szamotulski

Dr. S. Kantor

Spezialarzt 157

für Haut- u. venerische Krankheiten

Petrifauer Straße 144

(alte der evangelischen Kirche)

Behandlung m. Abtungenkranken

Quarantäne (Saarhausfall)

Elektrische u. Massage.

Krankeempf. von 8-8 u. u.

6-8, für Damen von 5-6.

267

Dr. C. Prębski

für Haut- u. venerische

Krankheiten

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Behandlung mit Quarantäne

(Saarhausfall) 265

Sonnabend, den 21. Januar

um 10 Uhr abends

Gommernacht-Fest

der deutschen Bühne

im weißen Saale des Hotel Manteuffel.

Einzelnen sind die Mitglieder aller deutsch-

sprechender Vereine mit ihren Familien.

Kein Toilettenzwang. Gebeten wird Sommerkleidung anzulegen, so

wie man sie am Strande oder in der Sommerfrische zu festen trägt.

Webschützen u. Breithalter

der Maschinen- und Webutensilien-Fabrik

Gebr. Harnisch, Gera-Reuß

sind eingetroffen und werden zu Fabrikpreisen verkauft

Vertretung und Lager

Technisches Büro und Maschinen-Lager

Geb. Goldlust,

Telephon 994. Lodz, Alja Kosciuszki 32.

Ważne dla PP. Przemysłowców!

Księgi opłat od obrotu

PRODUKTAMI

PRZEMYSŁOWEMI

do nabycia w „Drukarni Ludowej“.

Przejazd 19 (róg ul. Kilińskiego).

Spargelder

verzinsten wir

bei täglicher Kündigung mit 2%.

6wöchentl. 2 1/2%

1/2jähr. 3%

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Lodz, Alja Kosciuszki 45/47.

266

Färbermeister

mit guten Zeugnissen versehen

sucht Beschäftigung auch außer-

halb. Off. unter „Weißer“ sind

an die Geschäftsstelle zu richten.

264

Pianistin

Absolventin des Berliner Kon-

servatoriums, routinierte Lehre-

rin erteilt Unterricht. Off. unter

„Pianistin“ an die Geschäfts-

stelle der Geschäftsstelle d. Bl. 265

264

Deutsche

Lehrerin

erteilt Stunden für Schüler und

Erwachsene. Zu erfahren in

der Geschäftsstelle d. Bl. 265

264

Deutsche Bühne

im weißen Saale des Hotel Manteuffel

Zachodnia 43.

Heute Freitag, um 8 Uhr abends:

Der Raub der Sabinerinnen

Auffpiel in 4 Akten von Franz und Paul von Schöthan.

Freitagstagsspieler

Morgen, Sonnabend, das packende Schauspiel

„Der Dieb“

von Bernheim.

Beginn präcise um 7 1/2 Uhr.

Von 10 Uhr ab

Sommernacht-Fest

für die Mitglieder aller deutschsprechenden Vereine

in Lodz.

Sonntag, den 22. Januar:

Nachmittags, präcise 1/2 4 Uhr

Der Raub der Sabinerinnen

Abends 8 Uhr:

„Der Verschwender“

Volks-Auffpiel in 3 Akten von Raimund.

Eintrittskarten im Vorverkauf in der Gg. der

„Neuen Lodzer Zeitung“ Petrikauer 15.

262

Die Spielleitung.